

**Rebecca Schamber**

- (A) text möglich. Ihre Aufgaben beinhalten unter anderem die Durchsetzung des Waffenembargos gegen die Hisbolah, die Überwachung der Demarkationslinie zwischen Israel und dem Libanon und die Ausbildung lokaler Streitkräfte. Durch diese Ausbildung libanesischer Streitkräfte stellen wir zum Beispiel sicher, dass der Libanon diese Aufgabe auch zunehmend selbstständig übernehmen kann. Wir stellen Technik und Expertise bereit und kooperieren eng mit libanesischen Offizieren.

Ein besonderer Schwerpunkt der Friedensmission ist die Seeraumüberwachung. Seit 2006 ist die Bundeswehr ununterbrochen mit Personal und Schiffen Teil der Maritime Task Force und setzt zusammen mit unseren internationalen Partnern das Waffenembargo durch. Seit Beginn der Operation wurden schon weit mehr als 100 000 Schiffe überprüft, verdächtige Schiffe inspiziert und so zahlreiche illegale Waffenlieferungen verhindert. Im Januar 2021 hat Deutschland sogar die Verbandsführung des Flottenverbands von UNIFIL übernommen und wurde dann gebeten, diese Aufgabe für ein weiteres Jahr zu übernehmen. Der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, hat bei der ersten Lesung zu Recht darauf hingewiesen, dass dies ein Ausdruck dafür ist, wie sehr die Arbeit der Bundeswehr von den beteiligten Partnerländern und auch vom Libanon selbst geschätzt und gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) Dem möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich anschließen und noch einmal Danke sagen für diese hervorragende Arbeit und den Dienst, der dort geleistet wird.

Entscheidend ist neben der Seeraumüberwachung und Ausbildung der lokalen Streitkräfte die Wirkung von UNIFIL als Kommunikationsplattform, die Gespräche zwischen Israel und dem Libanon überhaupt erst möglich macht. UNIFIL, ebenso wie die Soldatinnen und Soldaten, wird also nach wie vor gebraucht zur Friedenssicherung und für mehr Stabilität in der Region. Darum bitte ich Sie heute um breite Zustimmung für die Verlängerung des Mandats als klares Bekenntnis zu unserer internationalen Verantwortung gegenüber unseren Partnerländern und damit auch als klares Signal an unsere Soldatinnen und Soldaten. Euer Dienst fernab der Heimat ist gut und wichtig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die **Rede** von Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion nehmen wir **zu Protokoll**.<sup>1)</sup>

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte, UNIFIL. Der Ausschuss

- empfehl in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/7391, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 20/7074 anzunehmen. Die Fraktionen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP haben namentliche Abstimmung verlangt. Sie haben zur Abgabe Ihrer Stimme 20 Minuten Zeit. – Ich sehe, die Schriftführerinnen und Schriftführer sind an ihrem Platz. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/7391. Die Abstimmungen werden um 17.50 Uhr geschlossen. Das bevorstehende Ende der namentlichen Abstimmung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.<sup>2)</sup>

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 sowie die Zusatzpunkte 14 und 15 auf:

- 26 Erste Beratung des von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Lobbyregistergesetzes**

#### **Drucksache 20/7346**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (f)  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Rechtsausschuss  
Wirtschaftsausschuss  
Ausschuss für Digitales  
Haushaltsausschuss

- ZP 14 Erste Beratung des von den Abgeordneten Thomas Seitz, Corinna Miazga, Stephan Brandner, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurf eines **... Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz)** (D)

#### **Drucksache 20/1322**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (f)  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Rechtsausschuss  
Wirtschaftsausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

- ZP 15 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jan Korte, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Sören Pellmann und der Fraktion DIE LINKE

#### **Unabhängige Prüfinstanz für Lobbytransparenz und Offenlegung von Lobbykontakten**

#### **Drucksache 20/288**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (f)  
Rechtsausschuss

Für die Aussprache ist eine Dauer von 39 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Johannes Fechner für die SPD-Fraktion.

<sup>1)</sup> Anlage 4

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 13953 D

**Vizepräsidentin Petra Pau**

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Dr. Johannes Fechner (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! In Deutschland gibt es rund 6 000 Lobbyorganisationen, die mit einem Gesamtetat von zusammen über 800 Millionen Euro pro Jahr in Deutschland Interessenvertretung betreiben. Das zeigt, dass die Versuche, auf unsere Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, sehr groß sind. Genau darum ist es so wichtig, dass wir mit der Verschärfung des Lobbyregistergesetzes für mehr Transparenz in der Gesetzgebung sorgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Interessenvertretung an sich muss nichts Schlechtes sein. Wenn wir darüber debattieren, wie wir bei der Wärmewende verhindern, dass die Mieten explodieren, dann ist natürlich klar, dass wir uns mit dem Mieterbund austauschen müssen. Oder wenn wir wirtschaftspolitische Themen besprechen, dann ist mir der Austausch etwa mit der Handwerkskammer sehr wichtig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger müssen das Vertrauen haben, dass wir Abgeordnete uns nicht von Klientelinteressen und von Lobbyisten beeinflussen lassen,

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

sondern für das Allgemeinwohl handeln. Das muss erkennbar sein, und dafür braucht es Transparenz, die wir mit diesem Gesetz verbessern.

(Maja Wallstein [SPD]: Sehr richtig!)

Zukünftig wird registrierungspflichtig nicht erst, wer als Lobbyorganisation Kontakte zu einem Unterabteilungsleiter in einem Bundesministerium hat, sondern schon bei Kontakten zum Referatsleiter. Um Missverständnissen vorzubeugen: Mit diesem Gesetz schaffen wir keine Pflicht, dass Gespräche dokumentiert oder gar veröffentlicht werden, sondern setzen die Voraussetzungen für die Registrierungsspflicht auf die Referatsleiter-ebene herab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss auch klar sein, worauf genau sich die Interessenvertretung bezieht. Deswegen wollen wir hier verpflichtend festlegen, dass die Lobbyorganisationen darlegen, worauf sie sich beziehen, auf welches Gesetz, auf welche Verordnung oder auf welchen Bundestagsbeschluss. Das alles muss veröffentlicht werden. Zudem müssen die Stellungnahmen und die Gutachten im Lobbyregister hochgeladen werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger einfach erkennen können, ob auf die Gesetzgebung Einfluss genommen wurde.

Wir verschärfen auch die Regelungen, nach denen die Lobbyorganisationen ihre finanziellen Grundlagen darstellen müssen. Heute gibt es nämlich die Möglichkeit, dass die Finanzgrundlagen nicht angegeben werden müs-

sen, dass die Angabe verweigert werden kann, und das auch noch ohne irgendeine Begründung. Diese Verweigerungsmöglichkeit streichen wir. In Zukunft müssen die Jahresabschlüsse, das Mitgliederbeitragsaufkommen, das Spendenaufkommen und die Zuschüsse der öffentlichen Hand veröffentlicht werden, damit klar ist, wie sich die Lobbyorganisation finanziert. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, an einem Punkt ändern wir die Regelungen unseres heute schon guten Lobbygesetzes. Wir streichen die Regelung, dass Spenden von mehr als 20 000 Euro an eine Lobbyorganisation von der Lobbyorganisation mit dem Namen des Spenders im Lobbyregister veröffentlicht werden müssen. Wir hören den Hilferuf fast aller großen deutschen Wohlfahrtsorganisationen, von der DLRG über das Rote Kreuz, die Caritas bis hin zu CARE, und sehen deren durchaus erhebliche berechtigte Bedenken, dass das Spendenaufkommen zurückgeht, wenn die Namen veröffentlicht werden müssen. Außerdem glauben wir, dass es keinen Einfluss auf die Lobbyorganisation hat, wenn man Beträge in Höhe von 30 000 Euro oder 40 000 Euro spendet, und deswegen wollen wir diese Regelung streichen. Wir hören den Hilferuf, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialverbände.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Verbände sind einfach zu wichtig. (D)

In Richtung Union muss ich sagen: Wir waren schon sehr überrascht, dass ihr die Sozialverbände hier im Stich lassen wollt. In Sonntagsreden hört man immer, dass wir das Ehrenamt unterstützen müssen und wie wichtig es ist, den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu fördern. Dann müssen wir doch genau die Verbände, die für diesen sozialen Zusammenhalt stehen, finanziell unterstützen. Das können wir, indem wir nicht riskieren, dass sich das Spendenaufkommen reduziert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]:  
Da ist das Gesetz dann schädlich!)

Mit diesem Gesetz beenden wir einen weiteren Missstand, nämlich dass Interessenvertretung einfach dadurch verschleiert werden kann, dass Dritte zwischengeschaltet werden, Agenturen und sogenannte Kettenbeauftragungen. Das wird der Vergangenheit angehören, weil jetzt offengelegt werden muss, welche konkreten Drittinteressen hinter einem Lobbyauftrag stehen.

Wir haben es ja auch oft damit zu tun, dass Mandatsträger aus der Politik in die Lobbybranche wechseln; das ist der sogenannte Drehtüreffekt. Zukünftig muss offengelegt werden, ob ein Lobbyist aktuell oder früher Ämter oder Mandate hatte, damit ganz klar ist, ob hier das Allgemeinwohl von einem ehemaligen Politiker vertreten wird oder eben das Interesse des Auftraggebers, des Lobbyisten.

**Dr. Johannes Fechner**

(A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stärken mit diesem Gesetz das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Gesetzgebung, indem wir mehr Transparenz schaffen. Lassen Sie uns das Lobbyregister gemeinsam so verschärfen, wie wir es hier vorgeschlagen haben! Wir freuen uns auf die Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Patrick Schnieder das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Patrick Schnieder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Vorgeschichte – wir erinnern uns, dass es schon im vergangenen Jahr einen Versuch gegeben hat, das Lobbyregister zu ändern, und zwar auf eine sehr intransparente Art und Weise, angehängt an ein anderes Gesetz – und angesichts der Tatsache, dass Sie hier die Bewertung vornehmen, das Gesetz schaffe mehr Transparenz, muss ich sagen: Lassen Sie uns das mal an den großspurigen Ankündigungen in der letzten Wahlperiode, aber auch im Koalitionsvertrag messen und dann Bilanz ziehen, ob wir zu mehr oder zu weniger Transparenz kommen! Ich sage Ihnen: Von dem, was Sie angekündigt und gerade in Ihrer Bewertung dargelegt haben, bleibt in der Realität nichts, aber wirklich überhaupt nichts übrig. Dieses Gesetz führt zu mehr Intransparenz.

(Beifall bei der CDU/CSU – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Wie so häufig bei der Ampel! – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kompletter Unsinn!)

Ich will Ihnen das an einigen wenigen Punkten deutlich machen:

Erstens. Sie schreiben in Ihrem Koalitionsvertrag: Wir wollen „den Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen ... erweitern“. Ich erinnere mich noch gut an die Beratungen in der letzten Wahlperiode. Da stand der Kollege Parlamentarischer Geschäftsführer, heute Bundesjustizminister, hier am Pult und hat gesagt:

Dieser Gesetzentwurf enthält scheunentorgröße Ausnahmen, er ist löchrig wie ein Schweizer Käse...

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Genau! Das beenden wir!)

Dahinter steckte die Tatsache, dass beispielsweise Kirchen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ausgenommen sind. Sie haben immer wieder, bis zuletzt, angekündigt: Das werden wir ändern. – Was finden wir im Gesetzentwurf dazu? Nichts, gar nichts.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

(C) Ich habe den Verdacht, dass das nicht nur eine großspurige Ankündigung war, sondern dass die Öffentlichkeit hinter die Fichte geführt werden sollte.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Uijuijui!)

Denn wir haben damals in der Anhörung unisono von allen Sachverständigen gehört: Aufgrund der Grundrechtsposition – Artikel 4 und Artikel 9 – ist das gar nicht anders möglich. – Wir haben das damals vorgetragen; Sie haben es nicht geglaubt. Offensichtlich ist man jetzt zu einem anderen Ergebnis gekommen. Von den großspurigen Ankündigungen ist jedenfalls überhaupt nichts übrig geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweiter Punkt: Neuregelung der Schwellenwerte für Spenden. Bisher – Sie haben das richtig ausgeführt – liegt die Wertgrenze bei 20 000 Euro; darüber hinausgehende Spendenzuwendungen und Schenkungen müssen veröffentlicht werden. Die jetzige Regelung sieht 10 000 Euro als Grenze vor und kumulativ 10 Prozent des Gesamtspendenaufkommens. Da finde ich es schon ein bisschen seltsam, dass man die Wohltätigkeitsorganisationen und Sozialverbände hier vorschiebt. In der Tat: Darüber muss man reden, damit muss man sich beschäftigen; vielleicht findet man auch eine Lösung. Aber Sie verschleiern natürlich, worum es Ihnen eigentlich geht.

Da will ich mal sagen, dass wir in einem bestimmten Bereich, nämlich bei links-grünen Vorfeldorganisationen, hier zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Ich werde Ihnen nur beispielhaft ein paar Organisationen nennen. Meine Redezeit reicht nicht aus, die ganze Liste aufzuführen. Wir fangen mal bei Greenpeace an: Gesamtspendenaufkommen im Jahr 2021 circa 80 Millionen Euro. Das heißt, Einzelspenden bis 8 Millionen Euro werden nicht mehr veröffentlicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unerhört!)

Das ist intransparent. WWF Deutschland: Gesamtspendenaufkommen im Geschäftsjahr 2021/2022 55 Millionen Euro. 10 Prozent davon sind 5,5 Millionen Euro. Einzelspenden bis 5,5 Millionen Euro werden nicht mehr veröffentlicht. Ich sage: Intransparent! Das können wir so weiterdeklिनieren: BUND, NABU bis zur Deutschen Umwelthilfe, die immerhin noch ein Gesamtspendenaufkommen in Höhe von circa 5 Millionen Euro hat. Da werden Einzelspenden bis circa 500 000 Euro nicht mehr erfasst. Diese Finanzströme werden verschleiert. Sie schaffen hier einen maximalen Zugewinn an Intransparenz, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davor konnte man das verweigern, Herr Schnieder!)

Dabei gibt es gerade im Bereich der Nichtregierungsorganisationen einen dringenden Nachholbedarf an Transparenz.

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)  
(D)

**Patrick Schnieder**

- (A) So werden beispielsweise in den aktuellen Lobbyregister-einträgen der Deutschen Umwelthilfe, vom BUND, von Greenpeace, von Fridays for Future

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ADAC!)

unter der Rubrik „Schenkungen Dritter“ weit überwiegend die Spendensummen ohne Angaben der Namen der natürlichen oder juristischen Person veröffentlicht oder die Angaben gar verweigert. Ich erinnere mich, bei einer dieser Organisationen eine Einzelspende in Höhe von 210 000 Euro aus Vaduz in Liechtenstein gesehen zu haben, die anonymisiert aufgeführt wurde. Ich sage Ihnen: Wenn das an einen Verband gegangen wäre, wäre die Welt hier im Reichstag zu klein gewesen, um Ihren Protest dagegen aufnehmen zu können. Das ist eine Verschiebung der Maßstäbe zwischen einzelnen Organisationen, die nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Übrigen ist eine Organisation wie die „Letzte Generation“ bislang überhaupt nicht aufgeführt. Sie betreibt aber erkennbar Lobbytätigkeit im Deutschen Bundestag, übrigens auch bei der Bundesregierung; Verkehrsminister Wissing hat ja mit denen verhandelt. Insofern bleiben Sie in puncto Transparenz wirklich alles schuldig, was Sie angekündigt haben. Ganz im Gegenteil: Es ist ein einziger Rückschritt, den Sie hier vornehmen.

Dritter Punkt. Sie schaffen mit Ihren Regelungen ein wahres Bürokratiemonster. Die Regelung, was an Stellungnahmen hochgeladen werden soll, wird ja dazu führen – ein Effekt, den wir auf europäischer Ebene sehen –, dass nun wirklich alle einen Arbeitsnachweis erbringen müssen, dass sie das Gespräch mit der Regierung gesucht haben. Sie werden vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen, ganz abgesehen davon, was das für die einzelnen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Interessenvertreter bedeutet.

Unterm Strich ist das das Papier nicht wert, auf dem es steht – jedenfalls nicht, wenn man für mehr Transparenz im Lobbyregister eintritt. Das ist ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem – Sie haben es gesagt – guten Lobbyregistergesetz, das wir in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Allein, dass wir die Verweigerungsmöglichkeit abschaffen, ist ein Riesenfortschritt!)

– Das ist ein deutlicher Rückschritt. – Schaffen Sie nicht mehr Intransparenz!

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jede Transparenzorganisation sieht das anders!)

Legen Sie was Ordentliches auf den Tisch! So jedenfalls kann das keinen Bestand haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Bruno Hönel das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP) (C)

**Bruno Hönel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grüne haben über viele Jahre aus der Opposition heraus dafür gekämpft, dass es überhaupt ein Lobbyregister gibt. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Die Union war ja über Jahre der absolute Gegenpol dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben ein Register ewig blockiert und sind erst unfreiwillig zur Einsicht gekommen, als der öffentliche Druck im Kontext der Maskenaffäre in Ihrem eigenen Laden zu groß geworden war.

(Maja Wallstein [SPD]: Hört! Hört!)

Das gehört auch zur Wahrheit dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wir haben es schon 2019 auf den Weg gebracht!)

Dementsprechend ist es auch nicht verwunderlich, dass Sie heute hier gegen die klaren Verschärfungen des Lobbyregisters, die wir einbringen, polemisieren. Im Geiste sind Sie eben immer noch die Partei der schwarzen Kassen und der lockeren Lobbyverflechtungen.

(Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Das sagen Sie aus der Graichen-Partei? Das ist ja ein Witz!) (D)

An Transparenz haben Sie jedenfalls kein Interesse. Und genau vor diesem Hintergrund muss man Ihre Kritik hier einordnen, lieber Herr Schnieder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Ich will auch noch mal mit der falschen Unterstellung aufräumen, wir würden hier irgendwelche Organisationen bevorteilen oder schützen wollen. Das Gegenteil ist der Fall. In Ihrem Lobbyregister, Herr Schnieder, hatten Interessenvertreter die Möglichkeit, Angaben beispielsweise zu Spendern einfach zu verweigern. Und genau das sehen wir ja auch im Register, nämlich dass nur ein kleiner Teil der Organisationen überhaupt Angaben zu Spendern gemacht hat. So wird gerade keine Transparenz über Spenden hergestellt. Und soll ich Ihnen mal was sagen? Diese Verweigerungsmöglichkeit streichen wir jetzt. Das ist ein Mehr an Transparenz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Von daher: Verbreiten Sie hier nicht solche Märchen, sondern orientieren Sie sich an den Fakten und am Gesetzestext, der Ihnen vorliegt!

Aber das Gute ist ja, dass ohne die Union in Regierungsverantwortung beim Thema Transparenz auf einmal relativ viel möglich ist. Genau das zeigt unsere Novelle,

**Bruno Hönel**

- (A) die wir heute aus der Mitte des Parlamentes einbringen. Wir schärfen das Lobbyregister an zentralen Stellen nach, arbeiten Erfahrungen aus der Praxis ein und bringen das Lobbyregister in Sachen Transparenz auf internationales Spitzenniveau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Künftig müssen Lobbyistinnen und Lobbyisten angeben, auf welche Gesetze oder Verordnungen ihr Einfluss abzielt. Ziel und Thema der Interessenvertretung werden so transparent. Darüber hinaus legen wir den sogenannten Drehtüreffekt offen – Kollege Fechner hat es gesagt –, machen also den Seitenwechsel von der Politik in die Wirtschaft transparent, und sorgen zudem dafür, dass es künftig nicht mehr möglich ist, den wahren Auftraggeber und die Finanzierung von Lobbyismus zu verschleiern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Das alles waren Einfallstore für Machtmissbrauch, die wir jetzt schließen. Das war überfällig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Ist das auch mit dem Herrn Habeck besprochen?)

Marco Buschmann, unser Justizminister, hat bei Einführung des Lobbyregisters hier im Plenum völlig richtig gesagt: Das Lobbyregister ist „löchrig wie ein Schweizer Käse“. Mit unserer Gesetzesnovelle verwandeln wir diesen Schweizer Käse, um in dieser lustigen Metapher zu bleiben, in einen vollmundigen Bergkäse, ohne Löcher, aber dafür mit richtig viel Biss.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Gar nichts machen Sie! – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Was Sie vor allen Dingen machen, ist Käse!)

Wir erschweren Machtmissbrauch. Wir sorgen dafür, dass der Lobbyeinfluss auf politische Entscheidungen für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist. Kurzum: Wir schaffen mehr Transparenz. Und ich meine, das ist etwas richtig Gutes gelungen, Herr Schnieder.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Sie schaffen Käse!)

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 24. Die Zeit für die namentliche Abstimmung ist gleich vorbei, das heißt, exakt um 17.50 Uhr. Sollte also ein Mitglied des Hauses anwesend sein, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte, dann ist jetzt der beste Zeitpunkt, dies zu tun.

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Thomas Seitz für die AfD-Fraktion. (C)

(Beifall bei der AfD)

**Thomas Seitz (AfD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Über 30 000 Personen sind im Lobbyregister erfasst. Egal ob Wirtschaft oder angeblicher Klimaschutz: Mit Millionenaufwand versuchen Lobbyisten, Einfluss auf die Gesetze zu nehmen. Transparenz ist zwingend notwendig, um akzeptable Interessenvertretung von korrupter Einflussnahme abzugrenzen. Der nächste Schritt muss sein, dass Karenzfristen ausgeweitet werden und der lukrative Wechsel von Amt oder Mandat in Lobbytätigkeiten weiter erschwert wird. Gerade aus aktuellem Anlass müssen wir auch die umgekehrte Richtung dringend beleuchten; denn natürlich braucht es auch Karenzzeiten beim Wechsel von Interessenverbänden zu Ministerien. Wo wir gerade bei der Entlastung der Exekutive vom Verdacht der Korruption sind: Wie wäre es mit Registern für Verwandtschaft, Schwägerschaft oder Trauzugehen?

(Beifall bei der AfD – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wow! Damit habe ich nicht gerechnet!)

Auch für uns Abgeordnete kann sich Lobbyarbeit so richtig lohnen, dachte sich wohl 2018 Kollege Amthor und bewarb beim Parteifreund und Wirtschaftsminister ein New Yorker Start-up. Als Gegenleistung gab es Aktienoptionen, deren möglicher Wert aus damaliger Sicht auf bis zu 250 000 US-Dollar geschätzt wurde – ein Vorgang, so beschämend wie folgenreich. Die Union musste ihre Totalverweigerung des Lobbyregisters aufgeben. (D) Und nach diversen Maskenaffären von Unionsabgeordneten wurde im April 2021 das Lobbyregistergesetz verabschiedet – bei der Union nicht aus Überzeugung, sondern als Notwendigkeit, um einen Rest Glaubwürdigkeit zu retten. Wen überrascht es da, dass die Regelungen sich nur am ethischen Minimum orientieren?

Aktuell werden Auftraggeber der Lobbyisten, Themenfelder sowie der personelle und finanzielle Aufwand der Lobbytätigkeit bei Bundestag und Bundesregierung abgefragt. Ob diese Einträge stimmen, überprüfen acht Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung. Am Ergebnis sind aber Zweifel angebracht. Oder wie kann es sein, dass – heute auf ntv – ein ehrenwerter, aber finanziell überschaubar aufgestellter Verband wie der Deutsche Kanu-Verband einer der Spitzenreiter bei den Ausgaben für politische Interessenvertretung sein soll?

Am Gesetzentwurf der Koalition begrüßen wir, dass Interessenvertretungen künftig klar benennen müssen, welche Gesetze sie beeinflussen wollen, dass Lobbyagenturen Ziel und Umfang ihrer Aufträge transparent machen müssen und dass finanzielle Angaben nicht mehr verweigert werden können. Der Entwurf nimmt jedoch im Widerspruch zum Koalitionsvertrag weiterhin Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kirchen von der Registrierungspflicht aus. Ich nenne es Mogelpackung, wenn besonders finanzstarke und einflussreiche Akteure weiterhin privilegiert werden, ohne dass ihre grundgesetzliche Stellung dies erfordert.

**Thomas Seitz**

- (A) Anders der Gesetzentwurf der AfD. Wir nehmen Transparenz ernst, weshalb wir den Katalog der Ausnahmen deutlich kürzen. Wie im Koalitionsvertrag erstreckt sich nach unserem Entwurf der Geltungsbereich in den Ministerien bis zur Referentenebene. Sie mogeln auch hier und wollen nur eine Geltung bis zur Referatsleiter-ebene, obwohl Sie genau wissen, dass die Referenten die Gesetzentwürfe erarbeiten und für Lobbyisten die wichtigsten Ansprechpartner sind.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD ist auch der Meinung, dass jeder, der Lobbyarbeit leisten will, seine Zuwendungen und sonstigen Einnahmen offenlegen muss, auch gemeinnützige Organisationen. Wer Angst hat, dass er weniger Spenden erhält, wenn der Bürger sieht, mit wem gekungelt wird, beweist nur, wie wichtig Transparenz auch in diesem Bereich ist. Wir rücken deshalb auch nicht von der Forderung einer legislativen Fußspur ab: Jedem Gesetzentwurf muss eine Auflistung aller Interessenvertreter beige-fügt sein, die an dem Entwurf mitgewirkt haben. Die SPD hat dies schon 2011 gefordert, und die Koalition hat das so vereinbart. Warum fehlt es jetzt in diesem Gesetzentwurf? Und schließlich ist für die AfD auch der exekutive Fußabdruck unabdingbar, also dass Ministerien und Behörden verpflichtet sind, sämtliche Kontakte zu Interessenvertretern zu dokumentieren.

Ich hoffe, dass die Koalition noch nachbessert; denn Lobbyarbeit im Bundestag muss für alle Bürger sichtbar sein. Demokratie wird zur leeren Hülle, wenn elitäre und finanzstarke Zirkel Gesetze in Hinterzimmern bestimmen. Völlig zu Recht sehen sich viele Bürger von den Altparteien nicht mehr vertreten. Nur die AfD steht für eine saubere, repräsentative wie direkte Demokratie.

(B)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit Frau Weidel und den Spenden?)

Vielen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 24. Die Zeit für die namentliche Abstimmung ist abgelaufen. Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat der Kollege Philipp Hartewig für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Philipp Hartewig (FDP):**

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Tagesordnung und des Zeitraums, der uns noch für die weiteren Debatten bleibt, halte ich mich kurz und werde auf grundlegende Gedanken in Bezug auf Interessenvertretungen, die Steigerung der Integrität der Interessenvertretungen nicht näher eingehen.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Schade eigentlich!)

– Herr Hahn, darauf möchte ich gern in einem persönlichen Gespräch im Wahlkreis im Sommer eingehen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf evaluieren wir erstmals das Lobbyregistergesetz, steigern seine Aussagekraft an entscheidenden Stellen und erweitern den Anwendungsbereich maßvoll, auch wenn meines Erachtens leider nicht der volle rechtliche Rahmen ausgeschöpft wurde. Wir bessern dabei insbesondere beim Drehtüreffekt und bei den Kettenbeauftragungen nach.

Der Gesetzentwurf geht zwar in die richtige Richtung, aber wie so oft im parlamentarischen Verfahren gibt es auch noch Spielräume. Transparenz kostet und ist auch etwas wert. Dennoch müssen wir uns im Bereich „Aufwand und Bürokratie“ noch einmal kritisch anschauen, wo wir den Aufwand reduzieren können, ohne beim Erreichen des Gesetzeszwecks Abstriche zu machen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Maja Wallstein [SPD])

Ein Gedanke noch zum Thema Spenden. Sie haben uns unterstellt – das war diese Woche auch mehrfach in den Zeitungen zu lesen –, dass nach dem vorgelegten Gesetzentwurf Finanzströme links-grüner Vorfeldorganisationen und NGOs privilegiert werden. Wir streichen – das wurde mehrfach angesprochen – die Möglichkeit zur Verweigerung der Angabe des Spenders. Wenn wir damit angeblich links-grüne Vorfeldorganisationen protegieren, was haben Sie dann eigentlich mit der Verweigerungsmöglichkeit gemacht? Haben Sie einen links-grünen Sumpf für NGOs geschaffen? (D)

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das versteht man nicht. Deswegen bitte ich um ein bisschen Ehrlichkeit in dieser Debatte. Wir streichen die Verweigerungsmöglichkeit trotz berechtigter Gründe, die auch für eine Verweigerung sprechen. Ihr Vorwurf ist unsachlich und tut der Debatte nicht gut. Uns allen geht es doch darum, für eine integre Interessenvertretung zu sorgen. Das ist auch das Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Entwurf ist ein guter Auftakt in Richtung mehr Transparenz. Die verbleibenden Minuten spende ich gerne dem Haus. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen, insbesondere mit den Mitberichterstattem.

Vielen Dank.

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 13953 D

**Philipp Hartewig**

(A) (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Herzlichen Dank. – Das Wort hat Dr. André Hahn für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glückwunsch, liebe Ampelkoalitionäre, dass Sie Ihre Möglichkeiten in der Regierung jetzt dazu nutzen, die jahrelange Blockadehaltung der Unionsparteien beim Thema Lobbyregister aufzubrechen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Glückwunsch auch dazu, dass Sie viele Punkte, die Die Linke seit Jahren gefordert hat, nun endlich aufgreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nötig ist es in der Tat; das zeigten in der letzten Wahlperiode unter anderem der Maskenskandal, die Aserbaidschan-Affäre der Union und nicht zuletzt die Berichte aus dem Bundeswirtschaftsministerium rund um Robert Habeck. Die dort auffällig gewordenen Interessenkonflikte, die ja breit durch die Medien gingen, zeigen auf, dass an vielen Stellen daran gearbeitet werden muss, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen.

Auch die SPD ist nicht frei von Problempersonal. Es bleibt zu hoffen, dass zum Beispiel bei Sigmar Gabriel oder Johannes Kahrs

(B)

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Rudolf Scharping!)

mit den neuen Regelungen nun transparent wird, welchen Firmen sie die Türen zum Bundestag und zur Bundesregierung bis heute sperrangelweit offenhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der FDP, meine Damen und Herren, will ich gar nicht erst anfangen. Dazu reicht meine Redezeit nicht aus. Beispiele, wo Handlungsbedarf beim Lobbyismus besteht, zeigte ja das „ZDF Magazin Royale“ von Jan Böhmermann im September letzten Jahres.

Meine Damen und Herren, dass ein überfälliges Gesetz nun endlich kommt, darf uns aber nicht davon abhalten, es noch besser zu machen. Daher hat Die Linke heute noch mal den Antrag aus Dezember 2021 beigelegt, in dem wir eine unabhängige Prüfinstanz und die Offenlegung von Lobbykontakten fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Und nach den heutigen Berichten vom RedaktionsNetzwerk Deutschland und von der „Tagesschau“, wonach jeder dritte Eintrag im existierenden Lobbyregister des Bundestages fehlerhaft ist – jeder dritte –, sprechen wir hier hoffentlich nicht zum letzten Mal über dieses Gesetz. (C)

Wenn es ihnen wirklich ernst damit ist, das Vertrauen in die Arbeit der Abgeordneten und der Bundesregierung zu stärken, dann seien Sie konsequent und führen jetzt auch Kontakttransparenz und einen Lobbykalender ein. Es muss transparent sein, wer sich bei der Erarbeitung von Gesetzen außerhalb des Parlaments wann mit wem trifft. In den Ministerien muss das bis auf die Ebene der Referenten herunterreichen. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen wird das bereits im Lobbyregister der Europäischen Union so gehandhabt. Warum also nicht endlich auch bei uns? Gerade jetzt, wo von Rechtsaußen versucht wird, die demokratischen Grundwerte auszuhöheln, darf Lobbyismus keine Steilvorlagen für deren Populismus liefern. Den exekutiven und legislativen Fußabdruck für die Öffentlichkeit transparent bereitzustellen, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Es kann nicht angehen, dass erst durch schriftliche Fragen, wie kürzlich von meinem Kollegen Pascal Meiser in Richtung Wirtschaftsministerium, Ermittlungsdruck aufkommt und Details eingeräumt werden.

Dass nun von meinem eingangs geäußerten Lob scheinbar nicht mehr viel übrig ist, zeigt auf jeden Fall, dass es auch am vorliegenden Gesetzentwurf noch einiges zu verbessern gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Grundsätzlich, meine Damen und Herren – letzter Satz –, ist die Änderung des Lobbyregistergesetzes aber ein wichtiger Schritt, den wir als Linke begrüßen. Gehen wir diesen Weg gemeinsam konsequent weiter!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich komme noch einmal zurück zum Tagesordnungspunkt 24 und gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der **namentlichen Abstimmung** über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UNIFIL bekannt: abgegebene Stimmkarten 548. Mit Ja haben 471 Abgeordnete gestimmt, mit Nein stimmten 76 Abgeordnete, und es gab eine Enthaltung. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

<b>Endgültiges Ergebnis</b>		<b>Ja</b>
Abgegebene Stimmen:	547;	<b>SPD</b>
davon		Sanae Abdi
ja:	470	Adis Ahmetovic
nein:	76	Reem Alabali-Radovan
enthalten:	1	Dagmar Andres

Niels Annen	Bärbel Bas
Johannes Arlt	Jürgen Berghahn
Heike Baehrens	Bengt Bergt
Ulrike Bahr	Jakob Blankenburg
Nezahat Baradari	Leni Breymaier
Sören Bartol	Katrin Budde
Alexander Bartz	Dr. Lars Castellucci

(A)	Jürgen Coße Bernhard Daldrup Hakan Demir Dr. Karamba Diaby Martin Diedenhofen Jan Dieren Esther Dilcher Sabine Dittmar Felix Döring Axel Echeverria Sonja Eichwede Heike Engelhardt Dr. Wiebke Esdar Saskia Esken Ariane Fäscher Dr. Johannes Fechner Sebastian Fiedler Dr. Edgar Franke Fabian Funke Martin Gerster Angelika Glöckner Timon Gremmels Kerstin Griese Uli Grötsch Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Frauke Heiligenstadt Gabriela Heinrich Wolfgang Hellmich Anke Hennig Nadine Heselhaus Thomas Hitschler	Dr. Zanda Martens Franziska Mascheck Katja Mast Andreas Mehlretter Takis Mehmet Ali Dirk-Ulrich Mende Robin Mesarosch Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Susanne Mittag Claudia Moll Sientje Möller Michael Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Rasha Nasr Brian Nickholz Dietmar Nietan Jörg Nürnberger Lennard Oehl Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Dr. Christos Pantazis Wiebke Papenbrock Mathias Papendieck Natalie Pawlik Jens Peick Jan Plobner Sabine Poschmann Achim Post (Minden)	Dr. Ralf Stegner Mathias Stein Ruppert Stüwe Claudia Tausend Michael Thews Markus Töns Carsten Träger Ana-Maria Trasnea Anja Troff-Schaffarzyk Derya Türk-Nachbaur Frank Ullrich Marja-Liisa Völlers Emily Vontz Dirk Vöpel Dr. Carolin Wagner Maja Wallstein Hannes Walter Dr. Joe Weingarten Lena Werner Dirk Wiese Dr. Herbert Wollmann Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Armand Zorn	Mark Helfrich Marc Henrichmann Ansgar Heveling Susanne Hierl Christian Hirte Alexander Hoffmann Franziska Hoppermann Hubert Hüppe Thomas Jarzombek Anja Karliczek Ronja Kemmer Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Otilie Klein Volkmar Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Markus Koob Carsten Körber Gunther Krichbaum Ulrich Lange Dr. Silke Launert Jens Lehmann Paul Lehrieder Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Bernhard Loos Dr. Jan-Marco Luczak Klaus Mack Yvonne Magwas Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting)	(C)
(B)	Jasmina Hostert Verena Hubertz Frank Junge Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser Carlos Kasper Anna Kassautzki Gabriele Katzmarek Dr. Franziska Kersten Helmut Kleebank Dr. Kristian Klinck Lars Klingbeil Annika Klose Tim Klüssendorf Dr. Bärbel Kofler Anette Kramme Dunja Kreiser Martin Kröber Kevin Kühnert Sarah Lahrkamp Andreas Larem Dr. Karl Lauterbach Sylvia Lehmann Kevin Leiser Luiza Licina-Bode Esra Limbacher Helge Lindh Bettina Lugk Erik von Malottki Holger Mann Kaweh Mansoori	Ye-One Rhie Andreas Rimkus Daniel Rinkert Dennis Rohde Sebastian Roloff Dr. Martin Rosemann Jessica Rosenthal Michael Roth (Heringen) Dr. Thorsten Rudolph Tina Rudolph Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Ingo Schäfer Axel Schäfer (Bochum) Rebecca Schamber Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Peggy Schierenbeck Timo Schisanowski Christoph Schmid Dr. Nils Schmid Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Johannes Schrapf Christian Schreider Michael Schrodi Svenja Schulze Stefan Schwartze Andreas Schwarz Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich	<b>CDU/CSU</b> Knut Abraham Norbert Maria Altenkamp Artur Auernhammer Peter Aumer Dr. André Berghegger Melanie Bernstein Peter Beyer Marc Biadacz Steffen Bilger Simone Borchardt Dr. Reinhard Brandl Sebastian Brehm Ralph Brinkhaus Dr. Carsten Brodesser Yannick Bury Astrid Damerow Alexander Dobrindt Michael Donth Hansjörg Durz Ralph Edelhäußer Martina Enghardt-Kopf Thomas Erndl Uwe Feiler Alexander Föhr Thorsten Frei Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Dr. Jonas Geissler Fabian Gramling Markus Grübel Oliver Grundmann Christian Haase Florian Hahn Jürgen Hardt Matthias Hauer Thomas Heilmann	Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dietrich Monstadt Maximilian Mörseburg Axel Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Stefan Nacke Petra Nicolaisen Wilfried Oellers Moritz Oppelt Josef Oster Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Josef Rief Lars Rohwer Dr. Norbert Röttgen Thomas Röwekamp Erwin Rüdell Albert Rupprecht	(D)

- (A) Dr. Wolfgang Schäuble  
Dr. Christiane Schenderlein  
Jana Schimke  
Patrick Schnieder  
Nadine Schön  
Detlef Seif  
Thomas Silberhorn  
Björn Simon  
Tino Sorge  
Jens Spahn  
Johannes Steiniger  
Christian Freiherr von Stetten  
Dieter Stier  
Diana Stöcker  
Stephan Stracke  
Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Hans-Jürgen Thies  
Alexander Throm  
Antje Tillmann  
Astrid Timmermann-Fechter  
Markus Uhl  
Dr. Volker Ullrich  
Dr. Oliver Vogt  
Christoph de Vries  
Marco Wanderwitz  
Nina Warken  
Sabine Weiss (Wesel I)  
Annette Widmann-Mauz  
Dr. Klaus Wiener  
Elisabeth Winkelmeier-Becker
- (B) Tobias Winkler  
Mechthilde Wittmann  
Mareike Wulf  
Nicolas Zippelius
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**
- Stephanie Aeffner  
Luise Amtsberg  
Andreas Audretsch  
Maik Außendorf  
Tobias B. Bacherle  
Lisa Badum  
Felix Banaszak  
Karl Bär  
Katharina Beck  
Lukas Benner  
Dr. Franziska Brantner  
Agnieszka Brugger  
Frank Bsirske  
Dr. Anna Christmann  
Dr. Janosch Dahmen  
Dr. Sandra Detzer  
Katharina Dröge  
Deborah Düring  
Harald Ebner  
Leon Eckert  
Marcel Emmerich  
Emilia Fester  
Schahina Gambir  
Tessa Ganserer
- Matthias Gastel  
Kai Gehring  
Stefan Gelbhaar  
Dr. Jan-Niclas Gesenhues  
Katrin Göring-Eckardt  
Dr. Armin Grau  
Erhard Grundl  
Dr. Robert Habeck  
Britta Haßelmann  
Linda Heitmann  
Bernhard Herrmann  
Dr. Bettina Hoffmann  
Dr. Anton Hofreiter  
Bruno Hönel  
Lamya Kaddor  
Dr. Kirsten Kappert-Gonther  
Michael Kellner  
Katja Keul  
Maria Klein-Schmeink  
Laura Kraft  
Philip Krämer  
Renate Künast  
Markus Kurth  
Sven Lehmann  
Steffi Lemke  
Anja Liebert  
Helge Limburg  
Dr. Tobias Lindner  
Denise Loop  
Max Lucks  
Dr. Anna Lührmann  
Dr.-Ing. Zoe Mayer  
Susanne Menge  
Swantje Henrike Michaelsen  
Dr. Irene Mihalic  
Boris Mijatovic  
Claudia Müller  
Sascha Müller  
Beate Müller-Gemmeke  
Sara Nanni  
Dr. Ingrid Nestle  
Dr. Ophelia Nick  
Dr. Konstantin von Notz  
Omid Nouripour  
Karoline Otte  
Cem Özdemir  
Julian Pahlke  
Dr. Paula Piechotta  
Filiz Polat  
Dr. Anja Reinalter  
Dr. Manuela Rottmann  
Michael Sacher  
Jamila Schäfer  
Dr. Sebastian Schäfer  
Stefan Schmidt  
Christina-Johanne Schröder  
Kordula Schulz-Asche  
Melis Sekmen  
Nyke Slawik  
Dr. Anne Monika Spallek  
Merle Spellerberg  
Nina Stahr
- Dr. Till Steffen  
Hanna Steinmüller  
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn  
Kassem Taher Saleh  
Awet Tesfaiesus  
Jürgen Trittin  
Katrin Uhlig  
Dr. Julia Verlinden  
Niklas Wagener  
Johannes Wagner  
Beate Walter-Rosenheimer  
Saskia Weishaupt  
Stefan Wenzel  
Tina Winklmann
- FDP**
- Valentin Abel  
Katja Adler  
Muhanad Al-Halak  
Renata Alt  
Christine Aschenberg-Dugnus  
Nicole Bauer  
Jens Beeck  
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)  
Mario Brandenburg (Südpfalz)  
Sandra Bubendorfer-Licht  
Carl-Julius Cronenberg  
Bijan Djir-Sarai  
Christian Dürr  
Dr. Marcus Faber  
Daniel Föst  
Knut Gerschau  
Anikó Glogowski-Merten  
Nils Gründer  
Thomas Hacker  
Philipp Hartewig  
Ulrike Harzer  
Peter Heidt  
Katrin Helling-Plahr  
Torsten Herbst  
Katja Hessel  
Dr. Gero Clemens Hocker  
Manuel Höferlin  
Dr. Christoph Hoffmann  
Reinhard Houben  
Olaf In der Beek  
Dr. Ann-Veruschka Jurisch  
Karsten Klein  
Pascal Kober  
Dr. Lukas Köhler  
Carina Konrad  
Michael Kruse  
Konstantin Kuhle  
Ulrich Lechte  
Jürgen Lenders  
Dr. Thorsten Lieb  
Christian Lindner  
Michael Georg Link (Heilbronn)  
Kristine Lütke
- Till Mansmann  
Maximilian Mordhorst  
Alexander Müller  
Frank Müller-Rosentritt  
Claudia Raffelhüschen  
Christian Sauter  
Frank Schäffler  
Ria Schröder  
Anja Schulz  
Matthias Seestern-Pauly  
Dr. Stephan Seiter  
Judith Skudelny  
Konrad Stockmeier  
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann  
Benjamin Strasser  
Linda Teuteberg  
Jens Teutrine  
Michael Theurer  
Stephan Thomae  
Nico Tippelt  
Manfred Todtenhausen  
Dr. Florian Toncar  
Dr. Andrew Ullmann  
Gerald Ullrich  
Johannes Vogel
- Nein**
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**
- Canan Bayram
- (D)
- AfD**
- Carolin Bachmann  
Dr. Christina Baum  
Dr. Bernd Baumann  
Andreas Bleck  
René Bochmann  
Peter Boehringer  
Dirk Brandes  
Jürgen Braun  
Marcus Bühl  
Dr. Gottfried Curio  
Dr. Michael Esendiller  
Dietmar Friedhoff  
Dr. Alexander Gauland  
Albrecht Glaser  
Hannes Gnauck  
Kay Gottschalk  
Jochen Haug  
Leif-Erik Holm  
Fabian Jacobi  
Steffen Janich  
Dr. Marc Jongen  
Dr. Malte Kaufmann  
Dr. Michael Kaufmann  
Stefan Keuter  
Norbert Kleinwächter  
Jörn König  
Dr. Rainer Kraft  
Barbara Lenk  
Rüdiger Lucassen
- (C)

(A)	<p>Mike Moncsek Edgar Naujok Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Martin Erwin Renner Frank Rinck Dr. Rainer Rothfuß Bernd Schattner Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider Thomas Seitz Dr. Dirk Spaniel Klaus Stöber</p>	<p>Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler</p> <p><b>DIE LINKE</b></p> <p>Gökay Akbulut Ali Al-Dailami Dr. Dietmar Bartsch Matthias W. Birkwald Clara Bünger Sevim Dağdelen Anke Domscheit-Berg Klaus Ernst</p>	<p>Ates Gürpınar Dr. André Hahn Susanne Hennig-Wellsow Andrej Hunko Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Dr. Gesine Löttsch Thomas Lutze Petra Pau Heidi Reichinnek Martina Renner Dr. Petra Sitte Jessica Tatti Alexander Ulrich</p>	(C)
			<p>Dr. Sahra Wagenknecht Janine Wissler</p> <p><b>Fraktionslos</b></p> <p>Matthias Helferich Johannes Huber</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p> <p>Corinna Rüffer</p>	

Nun zurück zu unserer Debatte. Das Wort hat die Kollegin Sonja Eichwede für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Sonja Eichwede (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Als Abgeordnete sind wir Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur unserem Gewissen unterworfen;

(B) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Artikel 38 des Grundgesetzes!)

so steht es in Artikel 38 des Grundgesetzes. Diese Unabhängigkeit und Freiheit ist Grundpfeiler unserer repräsentativen Demokratie und Leitlinie der in diesem Haus getroffenen Entscheidungen. Das alles betrifft nicht nur unsere Entscheidungen an sich, sondern auch das gesamte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie. Sie funktioniert eben nur, wenn wir hier wirklich die Interessen der Bevölkerung vertreten und nicht die einzelner Gruppen, Organisationen oder Verbände, und vor allem dürfen wir nicht nur zu unserem eigenen Vorteil handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Treffen mit Interessenvertretern können in Gesetzgebungsverfahren sehr wichtig sein. Sie sind wichtig, um unterschiedliche Perspektiven zu erfahren und um die Perspektiven in die Diskussion mit aufzunehmen. Sie müssen aber offengelegt werden, und diese Interessen müssen immer gegeneinander abgewogen werden. Das Vertrauen in die Demokratie ist zurzeit nicht nur bei uns in Ostdeutschland, sondern im ganzen Land an einem kritischen Punkt. Deshalb ist es so wichtig, dass dieses wichtige Gesetzgebungsvorhaben gerade jetzt durch die Ampel in den Deutschen Bundestag kommt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Norbert Kleinwächter [AfD]: Die Leute haben nicht kein Vertrauen mehr in die Demo-

kratie, sondern sie haben kein Vertrauen mehr in Sie!)

Es kommt nicht von ungefähr, dass bei jeder Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis – ob aus Brandenburg an der Havel, aus Werder oder aus Kloster Lehnin – Schülerinnen und Schüler oder Seniorinnen und Senioren die Frage nach dem Einfluss von Lobbyisten hier im Haus stellen. Die Menschen müssen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können, damit sie in die Demokratie vertrauen, damit sie nicht den einfachen Antworten der Populisten vertrauen und sich mit diesen zufriedengeben und damit sie auch in Zukunft weiter entsprechend demokratisch wählen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thomas Seitz [AfD]: Aber immer weniger SPD!)

Die Maskendeals einiger Unionspolitiker zu Beginn der Coronapandemie haben dem Vertrauen geschadet.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Katar-Gate der Sozialdemokraten hat auch geschadet!)

Es muss jedem Abgeordneten in diesem Haus bewusst sein, dass er mit einem solchen Verhalten an den Grundfesten unserer Demokratie sägt und dieses Vertrauen auch zerstören kann. Damit zerstört er sehr viel mehr, als er je für sich persönlich gewinnen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Norbert Kleinwächter [AfD]: Die Grundrechte haben Sie mit ausgehebelt während Corona!)

Denn die Feinde der Demokratie – man hört es hier auch an den Zwischenrufen – säen ständig Zweifel;

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Vielleicht stehen die ja auch am Pult!)

man hört es an den Reden von ganz rechts hier zum Beispiel.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Ich rede von der SPD!)

Diesem darf nicht weiter Tür und Tor geöffnet werden. Deshalb müssen wir hier mit diesem Lobbyregister die richtige Antwort finden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

**Sonja Eichwede**

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Transparenz und Glaubhaftigkeit von Politiker/-innen, von Staatssekretärinnen und Staatssekretären und von Mitarbeitenden in Ministerien ist Voraussetzung für unsere Arbeit. Das ist im seit letztem Jahr geltenden Lobbyregister sehr stark verankert. Dies ist ein wichtiges Instrument, ein gutes Instrument, das wir aber jetzt mit dieser Reform eben noch besser machen wollen und auch machen müssen, um bestehende Löcher entsprechend zu stopfen.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Aber die stopfen Sie ja gar nicht! – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Also kommt das Trauzeugenregister?)

Es braucht deshalb eine gezielte Offenlegung von Kontakten. Die Löcher werden gestopft, lieber Herr Schnieder.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Ja, wo denn?)

Wir machen das als Ampel mit der größtmöglichen Transparenz,

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Artikel 4! Artikel 9! Was denn? Wo denn? Gar nichts!)

um das Vertrauen entsprechend zu stärken,

(Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Das hilft dann auch dem Herrn Bundeskanzler! Der ist ja fürchterlich vergesslich! Dann kann er mal nachblättern! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

- (B)

das auch durch Ihre Fraktion,

(Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Der Bundeskanzler gehört ja gar nicht unserer Fraktion an! Das ist ja Ihre Fraktion! Der kann sich an die ganzen Lobbytermine gar nicht mehr erinnern!)

gerade durch die erwähnten Maskendeals oder durch den Kollegen Amthor, in den letzten Jahren kaputtgemacht wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir machen daher Folgendes:

Erstens. Interessenvertreter müssen angeben, auf welche konkreten Gesetzesvorhaben sie Einfluss nehmen wollten.

Zweitens. Alle Kontakte zu Ministerien ab Referatsleiterebene müssen angegeben werden. Denn die Mitarbeitenden im Ministerium arbeiten entscheidend an den Gesetzentwürfen mit und können auch Einflussnahmen ausgesetzt sein.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Gernem Sie weniger, dann versteht man Sie besser!)

Drittens. Wir gehen die Drehtüreffekte an, sodass Mandatsträger/-innen und Amtsträger/-innen, die zu Lobbyverbänden wechseln, dies auch offenlegen müssen.

(C) Viertens. Eines der wichtigsten Vorhaben bei diesem Gesetz – das wurde schon erwähnt, sehr geehrter Herr Schnieder – ist, dass die Finanzierung der Verbände offengelegt werden muss und diese Angaben nicht mehr verweigert werden können, wie das bei der alten Fassung der Fall war.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Da haben Sie ja mitgemacht!)

Fünftens. Ich muss sagen, dass es mir wichtig ist, dass wir im Verfahren noch über die Frage des Schwellenwertes von Spenden reden. Hier waren Angaben von 100 000 Euro im Kalenderjahr im Gespräch. Darüber wollen wir noch mal sprechen; denn wir denken, dass bei dieser Ebene die Spendenbereitschaft nicht beeinträchtigt werden würde und den Wohltätigkeitsverbänden mit ihren wichtigen Anliegen trotzdem Rechnung getragen wird.

Alles in allem ist dies ein wegweisender Gesetzentwurf, er geht in die richtige Richtung. Er sorgt für mehr Transparenz, mehr Vertrauen und mehr Verantwortung für unsere Demokratie und unser Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

(D) Mir fällt gerade auf, dass ich meinen obligatorischen Hinweis, seitdem ich diese Schicht hier übernommen habe, noch nicht gegeben habe: Ich behalte mir natürlich auch heute vor, die Protokolle der heutigen Debatte noch einmal daraufhin zu prüfen, inwieweit gegebenenfalls Zwischenrufe, verbale oder nonverbale Äußerungen geeignet waren, Rednerinnen und Redner oder Kolleginnen und Kollegen herabzusetzen oder zu beleidigen, und werde mich entsprechend der Möglichkeiten, die mir die Geschäftsordnung gibt, nachträglich, wenn es notwendig sein sollte, dazu äußern.

Das Wort hat der Kollege Dr. Volker Ullrich für die CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt nichts schönzureden. Die Maskendeals ehemaliger Mitglieder unserer Fraktion haben dem Vertrauen in die Demokratie ebenso geschadet wie die Compliance-Verstöße im Bundeswirtschaftsministerium, eine Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern oder Erinnerungslücken des Bundeskanzlers in der Warburg-Sache. Aber solche Fälle wie die, die das Vertrauen in die Demokratie gefährdet haben, werden wir nicht allein mit einem Lobbyregister und auch nicht mit einer Verschärfung der Regelungen verhindern können, sondern mit dem Glauben an die Integrität der Mandatsträger und mit dem Glauben, dass, wer ein politisches Amt hat, auch Verantwortung für das Gemeinwesen trägt und eben nicht zu solchen Spielereien und Verhaltensweisen greifen sollte.

**Dr. Volker Ullrich**

- (A) (Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Mit dem Glauben ist das so eine Sache! – Zuruf von der AfD: Mit Glauben ist es nicht getan!)

Ich will aber auch sagen, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf ein Stück weit über das Ziel hinausschießen. Ich will das begründen mit den Angaben in Bezug auf die Spenden von dritter Seite. Es ist richtig, dass die Option des Verzichts auf die Angaben von Spenden nicht mehr möglich ist. Aber es ist nicht konsequent und rechtlich auch bedenklich, wenn Sie jetzt eine neue Schwelle einführen, nämlich 10 000 Euro als veröffentlichungspflichtige Schwelle plus 10 Prozent der Gesamtspendensumme. Sie verknüpfen also eine absolute Schwelle mit einer relativen. Das führt im Ergebnis dazu, dass, je größer das Spendenaufkommen und je wirkmächtiger dadurch die entsprechende Organisation ist, sie desto intransparenter behandelt wird, weil damit auch größere Beträge nicht veröffentlicht werden müssen. Das ist das Gegenteil von Transparenz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Vorschlag wäre ganz einfach: Streichen Sie das „und“! Sie müssen veröffentlichen, wenn Sie 10 000 Euro an Zuwendungen bekommen *oder* wenn es 10 Prozent der Gesamtspendensumme umfasst. Ich finde, wir könnten auch eine Bereichsausnahme für die Rettungsdienste und für den Kernbereich der humanitären Organisationen schaffen – bis zu einem gewissen Schwellenwert. Aber dass wir große NGOs aus dem Ausland finanzieren lassen, dass wir Spenden an diese Organisationen, obwohl sie politisch wirkmächtig sind, ganz anders behandeln als Parteispenden, das ist eine Schiefelage, und diese Schiefelage erhöht nicht das Vertrauen in die Politik. Deswegen unser Appell: Seien Sie bei der Veröffentlichung von Zuwendungen an Lobbyorganisationen mit der gleichen Achtsamkeit unterwegs wie bei Parteispenden. Es ist nicht zu viel verlangt – wir reden über Transparenz –, den Kern ihrer Finanzierung anzugeben. Das ist an und für sich notwendig.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen unser Vorschlag: Streichen Sie das „und“. Dann haben wir eine gute Diskussionsgrundlage.

Mein letzter Punkt betrifft die verschärften Veröffentlichungspflichten für Lobbyorganisationen: Sie wollen die Referatsleiter einbeziehen oder auch die Referenten. Das könnte die Regierung auch im Rahmen ihrer exekutiven Eigenverantwortung, im Rahmen ihrer Geschäftsordnung regeln. Dass die Lobbyorganisationen jetzt jede Stellungnahme veröffentlichen müssen, führt dazu, dass der Lobbyaufwand für sie entsprechend höher wird. Profitieren werden davon nicht die Organisationen, die sich nur sporadisch an den Bundestag wenden, wie beispielsweise Hospizvereine im Rahmen der Debatte über die Sterbehilfe, sondern Sie bevorzugen durch mehr Bürokratie systematisch die großen und wirkmächtigen Lobbyorganisationen, und die kleineren Organisationen, deren Anliegen wir in unsere Bewertung auch einbeziehen sollten, fallen hinten runter. Deswegen unser Appell: Stellen Sie eine Gleichbehandlung der Organisa-

tionen her, und tragen Sie dafür Sorge, dass durch Gleichbehandlung und kluge Regelungen das Vertrauen gestärkt wird. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Dr. Till Steffen das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

**Dr. Till Steffen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt kein Thema, das in der Breite der Bevölkerung so viele Leute beschäftigt wie die Frage, ob es tatsächlich sein kann, dass Politikerinnen und Politiker zu ihrem eigenen Vorteil wirtschaften oder zum Vorteil bestimmter Interessengruppen. Das ist ein Thema, das viele Leute beschäftigt. Das hört man in Bürger/-innengesprächen. Das hört man, wenn man die Leute in der U-Bahn oder wo auch immer sich unterhalten hört. Das beschäftigt die Leute. Es ist absolut richtig, dass wir als Politik Rechenschaft ablegen und dass wir uns dafür engagieren, dass Transparenz hergestellt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir als Grüne haben sehr lange dafür gestritten, dass wir dieses Lobbyregister kriegen, dass wir mehr Transparenz herstellen. Und in der Tat, es brauchte dieses Hochschlagen von wirklich überbordender Einflussnahme zugunsten einzelner Interessen, wie es bei der Maskenaffäre der Fall war, damit das endlich durchsetzbar war. (D)

(Zuruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU])

Deswegen finde ich es gut, dass Sie, Herr Ullrich, so nachdenklich und eingehend formuliert haben, dass wir natürlich alle auch auf uns selber schauen müssen: Welche Punkte sollten genauer betrachtet werden? Wo müssen wir an unserer Transparenz arbeiten? Wo müssen wir auch selber Rechenschaft ablegen?

Das hat natürlich damit zu tun, dass wir eine Situation hatten, in der ein Bundeskanzler und Parteivorsitzender gesagt hat: Wer die Spender waren, sage ich Ihnen nicht; darauf habe ich mein Ehrenwort gegeben. – Da haben viele Leute gesagt: Das ist doch ein Witz! Wenn jemand sagt: „Ich habe mein Ehrenwort gegeben“, dann ist das doch was faul. – Deswegen wollen wir nicht, dass man einfach sagen kann: Ich könnte die Spender angeben, aber ich mach es nicht; da muss mein Ehrenwort reichen. – Das reicht uns eben nicht aus, sondern wir wollen, dass die Leute tatsächlich Transparenz üben. Deswegen haben wir diese Maßnahme ergriffen. Genauso wollen wir, dass Organisationen, die für andere aktiv sind, die die Interessen anderer vertreten, offenlegen, wer ihnen das Geld gibt und für wen sie aktiv sind. Auch das ist eine wichtige Neuerung.

**Dr. Till Steffen**

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sonja Eichwede [SPD] und Philipp Hartewig [FDP])

Insofern ist ganz klar: Es kommt zu wesentlich mehr Transparenz durch diese Änderungen. Ich finde, dass wir uns hier am allerwenigsten von der AfD belehren lassen müssen, die die gleiche Masche mit den Parteispenden vollzogen hat

(Beifall der Abg. Sonja Eichwede [SPD])

und selbst den allergrößten Anlass gibt, zu fragen, aus welchen Quellen diese Partei in Wahrheit finanziert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ja, der Einsatz für Transparenz ist ein Dauerlauf. Wir sind schon länger dabei. Der erste Schritt wurde in der letzten Wahlperiode unternommen. Vielen Dank an alle, die das damals durchgesetzt haben! Wir machen jetzt den nächsten Schritt als Ampel gemeinsam. Wir haben noch einen weiteren Schritt verabredet. Der betrifft das Thema Fußabdruck. Während es bei all dem, was wir jetzt verabreden, darum geht, wer mit wem Kontakt gehabt hat, geht es beim Fußabdruck darum, darzulegen, worum es ging. Wenn also bestimmte Stellungnahmen in Gesetzentwürfe der Regierung, aber auch in Gesetzentwürfe von Abgeordneten oder Fraktionen eingeflossen sind, soll dargelegt werden: Woher stammt das? Auf wen geht das zurück? Ich bin froh, dass wir als Ampel jetzt diesen wichtigen Schritt für mehr Transparenz gehen.

Herzlichen Dank.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 20/7346, 20/1322 und 20/288 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe auf den Zusatzpunkt 16:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

**Energiewende braucht Tarifverträge, auch bei Vestas**

Ich warte noch einen Moment, bis alle Platz genommen haben, und bitte, das jetzt zügig zu organisieren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Klaus Ernst für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Klaus Ernst (DIE LINKE):**

Verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Freitag, zur späten Stunde. Aber ich glaube, das Thema ist so wichtig, dass wir das tatsächlich noch behandeln sollten.

(C) Wir haben uns schon mal mit der Firma Vestas beschäftigt, und zwar im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Alle Fraktionen waren eingeladen. Wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Sie haben uns ihre Arbeitsbedingungen geschildert. Sie haben vor allen Dingen geschildert, dass sich ihr Arbeitgeber, ein riesengroßer Hersteller und Betreiber von Windenergieanlagen, weigert, mit ihnen einen Tarifvertrag abzuschließen. Jetzt könnte man sagen: Das gibt es öfter. Warum behandeln wir das hier? – Das wird Ihnen gleich deutlich werden.

Ich glaube, die Arbeitsbedingungen brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Sie arbeiten oben an diesen Kanzeln, wo unsereiner wahrscheinlich die Augen zumachen müsste; schwierigste Arbeitsbedingungen, große Anstrengungen. Wenn es so weit kommt, dass die Beschäftigten dieses Unternehmens streiken, und zwar seit inzwischen über 100 Tagen, dann ist das ein Zeichen, dass da irgendwas nicht stimmt; denn einfach so streikt in diesem Land keiner, auch nicht die Beschäftigten in der Windenergie. Die wollen nämlich, dass wir mit der Windenergie vorankommen.

Der Arbeitgeber hat nach der ersten Diskussion, nachdem wir uns eingeschaltet haben, Verhandlungen aufgenommen. Jetzt könnte man sagen: Das hat was genutzt, alles positiv. – Aber das Problem ist, dass die Verhandlungen so verlaufen sind: Der Arbeitgeber hat Angebote gemacht und sie dann wieder zurückgezogen. Dann hat er einfach wieder die Verhandlungen abgebrochen. Dann hat er ein schlechteres Angebot vorgelegt als vorher,

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Unglaublich!) (D)

sodass die Kolleginnen und Kollegen letztlich gezwungen waren, den Arbeitskampf wieder aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, das ist für uns deshalb spannend, weil wir mit der Windenergie nur dann vorankommen, wenn wir in dieser Branche vernünftige Arbeitsbedingungen haben

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

und die Menschen, die in dieser Branche arbeiten, nicht gezwungen sind, ihre Arbeit mehr oder weniger einzustellen, um vernünftige Löhne, vernünftige Arbeitsbedingungen usw. durchzusetzen. Deshalb ist das von Interesse, und deshalb müssen wir als Parlament hier Hilfe leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können schlichtweg nicht zulassen und akzeptieren, dass sich in dieser Zukunftsbranche solche Bedingungen breitmachen, dass beispielsweise ein Riesenunternehmen wie Vestas das, was wir alle hier eigentlich immer im Konsens diskutieren – das Tarifvertragssystem mit Tarifverträgen und Tarifautonomie ist die Grundlage unseres Sozialsystems –, ignoriert. Wenn einer daherkommt und nicht mal mit der anderen Seite verhandelt, sondern die andere Seite hinter die Fichte führt, wie ich gerade dargestellt habe, dann müssen wir hier eindeutig ein Zeichen setzen und sagen: So geht das nicht!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)